Nr. 105. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 16,50 Mk., monatl. 5,50 Mk. frei ins Haus. Postbezug: Monatlich 5,50 Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8,75 Mk., für das übrige Ausland 18,— Mk. bei täglich einmal. Zustellung 11,— Mk. + Valuta-Zuschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Postzeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2,— Mk., Teuerungszuschlag 40%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 26. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 11753—54.

Nachwahl in Paisley.

Asquith im Unterhaus.

Bei den allgemeinen Wahlen im Dezember 1918, die mit einem Zusammenbruch des Liberalismus abschlossen, blieb Paisley der liberalen Sache treu. Es bewarben sich damals drei Kandidaten um das Mandat: Sir John Mac Callum (unabhängiger Liberaler), John Taylor (Koalitionsliberaler) und J. M. Biggar (sozialistischer Arbeiter). Es erhielten Stimmen Mac Callum 7542, Taylor 7201, Biggar 7436. Die Gesamtzahl der liberalen Stimmen belief sich demnach auf 14 743. Mac Callum wurde als gewählt erklärt, da er die relative Stimmenmehrheit erhielt.

Im Laufe des Jahres 1919 fand eine Anzahl Ersatzwahlen statt, die auf eine erhebliche Steigerung des Anhangs der Arbeiterpartei hinwiesen, während die Lage des Liberalismus sich verschlimmerte. Andererseits aber zeigte es sich, daß die Wählermassen auch von der Koalitionsregierung abrückten und daß die Liberalen, die während des Krieges und der Dezemberwahlen 1918 einen Bestandteil der Koalition bildeten, mit der Regierung unzufrieden wurden, da der Ministerpräsident Lloyd George offensichtlich bestrebt war, alles den Konservativen zu opfern und im allgemeinen eine konservativ-imperialistische Politik zu treiben.

Die liberale Unzufriedenheit war eines der Symptome der Enttäuschung, die die Früchte des Krieges und die Intrigen des Friedens im britischen Volke hervorriefen. Nach all den ungeheuren Opfern, die das Volk im Kriege gebracht hatte, sah es sich abermals in eine Kriegspolitik verwickelt, die allen Versprechungen Lloyd Georges ins Gesicht schlugen. Aber die Liberalen blieben trotz ihrer tiefen Unzufriedenheit doch in der Koalition, da sie, wo sie es wagten, mit engeren Kandidaten in Nachwahlen einzugreifen, nur erbärmliche Resultate erzielten. Erst bei der vorletzten Nachwahl in Spen Valley (Dezember 1919), in der der sozialistische Arbeiter Tom Mayers siegte, erhielt der liberale Gegenkandidat Sir John Simons eine erhebliche Stimmenzahl (rund 10 000), die die Liberalen wieder mit Hoffnungen auf Wiederbelebung ihrer Politik erfüllte. Sofort richteten sie ihren Blick auf Asquith, um ihm zu einem Mandat zu verhelfen, damit sie einen Führer im Unterhause erhalten, der imstande wäre, einerseits Lloyd George zu stellen oder ihn gar zu verdrängen, andererseits die Arbeitermassen wieder ins liberale Lager zurückzuführen.

Die Gelegenheit bot sich in Paisley. Zu Anfang dieses Jahres starb Mac Callum, wodurch eine Ersatzwahl nötig wurde. Die Arbeiter stellten ihren alten Kandidaten Biggar auf, der sein sozialistisches und internationales Programm kompromißlos verteidigte. Die Liberalen beriefen Asquith, während die Regierung sich offiziell nicht beteiligte. Nur die lokalen Konservativen stellten einen aussichtslosen Gegenkandidaten auf. Bei der vorgestern vorgenommenen Wahl traten die unabhängigen und Koalitionsliberalen vereinigt für Asquith ein, der 14 595 Stimmen erhielt, also nur über 200 Stimmen weniger, als die beiden liberalen Kandidaten im Dezember 1918 erhalten hatten, während Biggar 11 840 Stimmen auf sich vereinigte, gegen 7436 im Dezember 1918, also über 4400 Stimmen mehr. Die Nachwahl in Paisley zeigt, daß sich auch die Koalitionsliberalen von der Regierung abwenden und daß die Arbeiterpartei ihren erfolgreichen Vormarsch fortsetzt.

*

Amsterdam, 26. Februar. (WTB.) „Telegraaf" meldet aus London, daß Asquith im Liberalen Klub in Paisley am Abend seiner Wahl in das Parlament eine Rede hielt, in der er erklärte, seine Wahl bedeute den Sieg des Liberalismus über den Sozialismus. „Times" schreibt in einem „Der Sieg der Nation" überschriebenen Leitartikel, die Wahl Asquiths werde allgemein als Ausdruck der Gefühle der Nation mit Bezug auf die Koalition angesehen.

Berlin-Moskau.

Die sozialdemokratische Auffassung.

Der Antrag der Sozialdemokraten in der Preußischen Landesversammlung, die Regierung möge beim Reiche für die rasche Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland wirken, wird in einem Teil der Presse als eine „Schwenkung" der Partei kommentiert. Wer sich die Mühe gemacht hat, die Ausführungen zu verfolgen, die sich der „Vorwärts" schon seit längster Zeit über dieses Thema zu machen erlaubte, wird bemerken, daß von einer Schwenkung nicht die Rede sein kann. Wann ist denn die deutsche Sozialdemokratie für eine Blockade Rußlands eingetreten? Sie wollte nicht und will auch heute nicht, daß Waffen und Geld aus Rußland herübergeschafft werden, um die deutschen Zustände gewaltsam nach Moskauer Wünschen zu beeinflussen. Ist aber dieser bedenkliche Faktor ausgeschaltet, so gibt es für den Wunsch der Sozialdemokratie, freundschaftliche Beziehungen zum russischen Volk zu unterhalten, keine Grenzen.

Der preußische Antrag macht denn auch die Wiederaufnahme der Beziehungen von der Voraussetzung abhängig, daß Rußland auf eine Einmischung in deutsche Verhältnisse verzichtet, und spricht weiter den Wunsch aus, die Wiederaufnahme der Beziehungen sollte nicht den Charakter eines Bündnisses annehmen, der den Frieden mit anderen Staaten gefährden könnte. Dazu bemerkt die „Freiheit":

> Beide Vorbehalte sind so bezeichnend für den spießbürgerlichen Charakter der rechtssozialistischen Politik, daß eine Kritik sich erübrigt. Selbst wenn die Rechtssozialisten unter dem Druck der Verhältnisse sich zu einem halbwegs vernünftigen Schritt entschließen, legen sie Gewicht auf den Nachweis, daß sie sich innerlich nicht im geringsten gewandelt haben.

Es wäre doch wünschenswert, daß das unabhängige Blatt die Probleme der Weltpolitik mit etwas mehr Ernst behandelte. Was will denn dieser seltsame Kritiker? Will er die Einmischung Rußlands in deutsche Verhältnisse, oder will er, wie die „Deutsche Zeitung", das russisch-deutsche Bündnis zum Zweck eines neuen Kriegs? Die Dinge sind doch zu wichtig, als daß man sie zum Gegenstand einer gedankenlosen Streithänselei machen sollte! Der sozialdemokratische Standpunkt in der russischen Frage ist vollkommen eindeutig und korrekt, und es liegt im allgemeinen Interesse des deutschen Volkes, daß er vor jeder Mißdeutung geschützt wird.

Caillaux vor Gericht.

Die italienische Reise.

Paris, 25. Februar. (WTB.) Die heutige Sitzung des Staatsgerichtshofes begann mit einer Vernehmung Caillaux über seine verschiedenen Reisen nach Italien, insbesondere über seine Beziehungen zu Cavallini und Scarfoglio, dem Direktor des „Mattino" in Neapel. Caillaux gab zu, daß er drei Reisen nach Italien unternommen habe, und zwar in der Hauptsache, um die Gesundheit seiner Frau wiederherzustellen. Die Behauptung, die Rede Bethmann Hollwegs im Oktober 1916 sei durch seine Politik in Italien beeinflußt worden, könne nicht stimmen, denn die Unterhandlungen, die man ihm vorwerfe, hätten im Dezember stattgefunden. Er habe, da seine Frau längere Zeit in Italien habe zubringen müssen, gewissermaßen in Italien Wohnsitz genommen und deshalb einen Teil seiner Papiere und seines Vermögens nach Italien gebracht. Der Senatspräsident ging dann zu den Beziehungen Caillaux' zu Martini über. Aus seinen Aufzeichnungen ergebe sich, daß Caillaux erklärt habe, Frankreich sei am Ende seiner Kraft und könne nicht wünschen, auf seinem Gebiet eine stärkere englische Armee zu sehen, als die seinige. Man müsse deshalb einen Sonderfrieden vorbereiten. Caillaux erklärte, daß er niemals von einem Sonderfrieden gesprochen habe, daß es aber seine Ansicht gewesen sei, den Frieden vorzubereiten. Früher hätten die Nationen sich selbst genügen können, jetzt aber sei eine jede auf die andere angewiesen. Ihn hätten besonders die finanziellen Fragen beschäftigt. Caillaux schilderte sodann die finanzielle Lage Frankreichs und Italiens. Schließlich ging er dazu über, von dem in Florenz aufgefundenen politischen Programm zu sprechen, das man den Rubikon genannt hat. Er erklärte, es handele sich hier um Notizen, die er niedergeschrieben habe, wie ihm einzelne Gedanken gekommen seien. Die Arbeit sei nicht vollendet gewesen, er könne deshalb auch keine Verantwortung hierfür übernehmen.

Rußlands Friedensbemühungen.

Haag, 25. Februar. Nieuwe Courant meldet drahtlos aus Moskau: Die russische Sowjetregierung hat je eine Friedensnote an die Vereinigten Staaten, Japan und Rumänien gerichtet. Amerika wird gefragt, wann und wo die Friedensverhandlungen beginnen können. Japan wird auf seine wirtschaftlichen Interessen im fernen Osten hingewiesen.

Das Betriebrätegesetz in Bayern.

München, 26. Februar. (TU.) Das Ministerium für soziale Fürsorge veröffentlicht im Einvernehmen mit den übrigen Ministerien Vollzugsvorschriften zum Betriebsrätegesetz. Danach müssen die ersten Wahlen bis zum 22. März eingeleitet werden. Besonders hingewiesen wird darauf, daß mit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes alle bayerischen Verordnungen über Betriebsräte und Betriebsobmänner aufgehoben sind.

Die Wahlen in der Pfalz.

Wie die „München-Augsburger Abendzeitung" erfährt, ist der Termin für die Gemeinde-, Bezirks- und Kreistagswahlen in der Pfalz auf den 18. April festgesetzt worden.

Die Rückgabe der Flensburger Handelsflotte.

Kopenhagen, 26. Februar. TU. „Nationaltidende" will aus sicherer Quelle wissen, die Frage der Rückgabe der Flensburger Handelsflotte sei bis jetzt noch nicht entschieden, würde aber gleichzeitig mit der Abstimmung in Flensburg entschieden werden.

Die Befreiung der Rechtlosesten.

Aufhebung der Reglementierung.

Trotz aller demokratischen Fortschritte hat es bis jetzt in Deutschland eine Menschenklasse gegeben, die faktisch vollkommen rechtlos und jeder Willkür ausgeliefert war: die Prostituierten. Mit großer moralischer Entrüstungsgebärde wurden sie vom Staat verfolgt, bald eingesperrt, bald entehrenden Bestimmungen unterworfen. Derselbe Staat aber konnte doch seine Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß die Prostitution ein notwendiges Zubehör der heutigen Gesellschaftszustände ist. Und so trat denn bei allen Verfolgungen ein Zustand stillschweigender Duldung ein, den freilich die Prostituierten damit bezahlen mußten, daß sie in steter Unsicherheit lebten, wie weit und auf welche Zeit sich die Duldung erstrecken würde. Von „Rechts wegen" strafwürdig und doch tatsächlich geduldet, befanden sie sich ganz in der Hand der mit ihrer Aufsicht betrauten Sicherheitsorgane. Noch jetzt besteht ja der unsinnige Zustand, daß jeder Hauswirt, der einer Prostituierten eine Wohnung vermietet, wegen Kuppelei angeklagt werden kann. Natürlich geschieht es in der Regel nicht, weil ja doch nicht dreißig- oder sechzigtausend Prostituierte plötzlich auf die Straße gesetzt werden können. Aber wo im Einzelfalle Anklage erhoben wird, hilft keine Berufung auf das stillschweigende Jahrhunderte alte Uebereinkommen. Die Leidtragenden aber sind letzten Endes immer die Prostituierten selber, die infolge dieser Rechtsunsicherheit sich jede Ausbeutung des Hauswirts, jede Schikane der Polizei gefallen lassen müssen.

Die Revolution hat endlich auch diesen Rechtlosesten der Rechtlosen eine Befreiung von dem Sklavenlos gebracht, das bisher in der modernen Gesellschaft ihr Schicksal war. Die Preußische Landesversammlung hat gestern die Aufhebung der Reglementierung beschlossen. Im Grunde wußte man schon seit Jahrzehnten, daß Reglementierung wie Kasernierung vollkommen ungeeignete Wege waren, um die schlimmen Folgeerscheinungen der Prostitution, in erster Linie die Geschlechtskrankheiten, zu bekämpfen. Trotzdem hat die Reglementierung in Preußen seit 1794 ununterbrochen bestanden. Ihr Wesen bestand darin, daß eine Anzahl weiblicher Prostituierter von der Polizei in Listen eingetragen und in entehrender Weise zur Kontrolle und Zwangsbehandlung gezwungen wurden. Wegen des schmählichen Charakters dieser Maßnahme, der für die einmal Gekennzeichneten jede Rückkehr ins bürgerliche Leben unmöglich machte, suchten sich natürlich die weiblichen Opfer des Systems diesem noch Kräften zu entziehen, meist mit Erfolg, so daß tatsächlich nur ein kleiner Bruchteil der Prostituierten unter Kontrolle stand. Die Strafbestimmung des § 361 Ziffer 6 des St. G. B. konnte daran nichts ändern. In der Männerwelt aber herrschte vielfach der Irrglaube, daß alle gewerbsmäßigen Dirnen unter gesundheitlicher Kontrolle ständen, und die Folge davon war ein erhöhter Leichtsinn in bezug auf die Ansteckungsgefahr.

Trotz des längst erkannten Fehlschlages aber hinderten bisher stets bureaukratische und reaktionäre Bestrebungen, natürlich stets in ein moralisches Mäntelchen gehüllt, die Aufhebung dieses ebenso zwecklosen wie menschenquälerischen Systems. Auch hier bedurfte es, wie auf so vielen Gebieten, erst der entsetzlichen Folgeerscheinungen des Krieges, um selbst die Verstocktesten zu radikaler Einkehr und Umkehr zu bewegen. Das berühmte „reinigende Stahlbad" des Krieges hat sich nämlich auch auf sexualhygienischem Gebiet als absoluter Schwindel erwiesen. Weit entfernt, die Sittlichkeit zu heben, hat umgekehrt der Krieg eine entsetzliche Vermehrung und Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten gebracht, wie das ja im Grunde selbstverständlich ist, wenn Millionen Männer auf Jahre ihrer Familie entrissen und allein auf den Geschlechtsverkehr mit den Prostituierten angewiesen werden, die noch heute, genau wie im Mittelalter, sich im Gefolge jeder Armee sammeln. Der Prozeß der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten durch den Krieg ist leider noch immer nicht abgeschlossen, wir erleben ihn überall, wo noch geschlossene Armeen hinkommen, z. B. in den besetzten Gebieten und um die Quartiere der baltischen Söldlinge.

Dieser die ganze Volksgesundheit bedrohenden Erscheinung gegenüber war das alte System vollkommen machtlos und ratlos. Und so hat sich denn die Preußische Landesversammlung unter der Wucht der Tatsachen einstimmig von ihm abgewandt.

Durch das vom Bevölkerungsausschuß vorberatene und am Mittwoch angenommene Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und zur Regelung des Prostitutionswesens wird die polizeiliche Reglementierung beseitigt. An ihre Stelle tritt die Errichtung von Pflegeämtern und Beratungsstellen, sowie Behandlungspflicht für alle Geschlechtskranken ohne Unterschied, die Anzeigepflicht ohne Namensnennung an ein zum strengsten Stillschweigen verpflichtetes Gesundheitsamt, ein unentgeltliches Behandlungsrecht, ferner eine Reihe

von Strafbestimmungen zur Bekämpfung des Geheimmittelunwesens und der Fernbehandlung, sowie zur Verhütung der Uebertragung von Geschlechtskrankheiten.

Der Grundgedanke des Gesetzes, soweit es sich auf die Gefahr der Geschlechtskrankheiten bezieht, ist etwa der, daß der Geschlechtskranke nicht, weil er sich ein Leiden zugezogen hat, deswegen nach der Vorstellung der alten Moral mit dem Makel der sittlichen Minderwertigkeit behaftet werden soll, daß er aber tatsächlich eine Gefahr für die Allgemeinheit bildet und sich deshalb einer Behandlung unterwerfen muß, die diese Gefahr nach Möglichkeit ausschaltet. Dabei sollen seine persönlichen Freiheitsrechte in der Auswahl des Arztes usw. so wenig als möglich angetastet und weiter soll ihm jede nur denkbare Garantie dafür gegeben werden, daß die notwendige Kontrolle über seine Person nicht etwa dazu führt, daß sein Name und sein Leiden der Oeffentlichkeit bekannt wird. Hier sind die schärfsten Garantien gegen jeden Mißbrauch der Kontrolle schon deshalb notwendig, weil sonst die Patienten sich der Behandlung entziehen würden. In Ländern, wo die absolute Diskretion gewährleistet ist, hat man jedoch bei diesem System beobachtet, daß ein Bestreben, sich der Behandlung zu entziehen, nicht eintritt.

Der Behandlungszwang und die Anzeigepflicht ohne Namensnennung gelten gleichmäßig für alle Personen. Die entehrende Sonderstellung der Prostituierten ist damit aufgehoben. Allerdings werden Personen, die gewerbsmäßig Unzucht treiben, künftig eines Gesundheitsnachweises bedürfen; aber dieser hat mit der alten Art der polizeilichen Kontrolle nichts zu tun.

Das Grundübel des alten Systems bestand darin, daß es sich zwar mit aller Kraft auf die Prostituierten stürzte, aber die sonstigen Träger und Verbreiter von Geschlechtskrankheiten gänzlich unbehelligt ließ. Der Mann, der sich bei einer Prostituierten ein Leiden zugezogen hatte, konnte dieses ungehindert auf so und so viele gesunde Frauen weiter übertragen. Höchstens trat hier die Bestimmung des St.G.B. über Körperverletzung ein, zu deren Anwendung es jedoch eines sehr schwierigen Nachweises bedurfte. Jetzt ist der Beischlaf ansteckend Geschlechtskranker als solcher unter Strafe gestellt, nicht mehr die selten einwandfreie nachzuweisende Folgewirkung der Infektion, sondern die Vollziehung des Beischlafs bildet das Vergehen. Damit wird die Hauptquelle der Uebertragung von Geschlechtskrankheiten eingedämmt. Weitere Ansteckungsquellen, wie die Stillung von gesunden Kindern durch geschlechtskranke Ammen oder von geschlechtskranken Kindern durch gesunde Ammen, werden gleichfalls vom Gesetz gebührend berücksichtigt.

So paart sich in den neuen Bestimmungen größere Menschlichkeit mit praktischem Nutzen. Erst auf Grund des neuen Gesetzes kann an eine wirkliche wirksame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gedacht werden. Die von den Reaktionären vielgelästerte Revolution hat hier nicht nur mehr als hunderttausend geknechteten und gedemütigten Wesen ihr Menschenrecht zurückgegeben, sondern auch dem Volke den wirklichen Weg zur körperlichen Wiedergesundung erschlossen.

Dringend aufklärungsbedürftig.

Aus Hammerstein geht uns folgender erschütternder Notschrei eines Schwerkriegsbeschädigten mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Infolge einer schweren Kriegsverletzung wurde ich in ein Lazarett eingeliefert, das ich als Krüppel wieder verließ. Ein Bein war mir amputiert worden. Und doch sagte ich mir: Kopf hoch und kein unnützes Glied der Gesellschaft sein, denn ich dachte an die Worte, die mir wie meinen Kameraden so oft von den Offizieren zugerufen worden waren: Unser Dank ist Euch sicher!

Nach längerer Zeit fand ich eine Zivilanstellung im hiesigen Durchgangslager. Ich erwarb mir bald das Vertrauen des Kommandanten und der Angestellten, die mich bald zum Vorsitzenden des Angestelltenausschusses wählten; in dieser Eigenschaft hatte ich mit dem Kommandanten des Durchgangslagers oft zu verhandeln. Um die Interessen der Angestellten zu wahren, hielt ich mich streng an die vom Reichswehrminister herausgegebenen Verfügungen hatte bald den Eindruck, daß dem Kommandanten diese meine Tätigkeit nicht gefiel. So warf er mich kurzerhand aus dem Angestelltenausschuß hinaus, und schließlich gelang es ihm auch, meine Kündigung zum 1. Februar durchzusetzen, obwohl von den 60 Angestellten 50 Prozent Frauen waren und ich sogar jungen Mädchen von 16 bis 18 Jahren den Platz räumen mußte, während nur 5 Proz. Kriegsbeschädigte beschäftigt wurden. Mehrere Beschwerden meinerseits hatten keinen Erfolg. Jetzt erkannte ich, was die Zusicherungen der Offiziere, sie würden uns Dank wissen, zu bedeuten hatten. Sie waren nichts als leere Phrasen, um uns hinzuhalten und uns über ihre wahre Gesinnung hinwegzutäuschen. Als Krüppel muß ich mir nunmehr eine Stellung suchen, was in der heutigen Zeit besonders schwer ist; aber von 150 M. Rente kann ich nicht leben.

Wir sind im Augenblick nicht in der Lage, die Angaben des Einsenders einzeln durchzuprüfen. Wir ersuchen deshalb die zuständigen Stellen, sich den Kommandanten des bezeichneten Lagers auf seine menschenfreundliche Gesinnung hin einmal recht genau anzusehen. Es soll wohl vorkommen, daß Herren, die 22 Jahre lang als Großagrarier ihr reichliches Brot gefunden haben, mißliebigen Personen gegenüber jede Spur menschlichen Empfindens verleugnen, dann aber müssen diese armen Menschen, ganz besonders aber wenn es sich um Kriegsbeschädigte handelt, vor der Roheit gewissenloser Beamter, die die Anordnungen des Reichswehrministeriums zu durchkreuzen suchen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geschützt werden.

Reichs- und Landesfinanzen.

Von dem Verfasser des Artikels über die Steuergesetze in der Ausgabe vom 25. Februar wird uns zu den Ausführungen des Genossen Südekum geschrieben:

Genosse Südekum bestreitet, daß Preußen die Steuerhoheit des Reiches drosseln will. Er bestätigt aber in seinen Ausführungen, daß Preußen die Freiheit der Nationalversammlung, über die Steuern zu verfügen, einzuengen sucht. Er stellt selbst die Bedingung auf, daß die Selbständigkeit der Länder und Gemeinden für alle Zukunft sichergestellt werde." Dem steht die Auffassung der Sozialdemokratie, die auf dem Weimarer Parteitag einstimmig bekräftigt wurde, entgegen, daß wir die Entwicklung zum Einheitsstaat wollen, ein Bestreben, das auch außerhalb der Sozialdemokratie als wirtschaftliche und politische Notwendigkeit erkannt war, aber durch die preußische Steuerpolitik verhindert werden soll.

Genosse Südekum meint, daß die Deutsche Nationalversammlung den § 46 des Gesetzes über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. September 1919, durch den die Steuerhoheit des Reichs eingeengt wurde, „mit der durch die Verfassung für verfassungsändernde Gesetze vorgeschriebenen Mehrheit angenommen hat." Der Präsident der Nationalversammlung hat nichts über diese Mehrheit „genunziert" und in den stenographischen Berichten der Nationalversammlung findet sich hierüber kein Wort. Es fehlt also jene Voraussetzung für die Rechtsgarantien der Verfassung dieses von Preußen durchgedrückten Paragraphen. Der Steuerausschuß der Nationalversammlung hat seine Aufhebung beschlossen. Die Vertreter der Preußischen Regierung im Steuerausschuß und die deutschnationalen Abgeordneten Abgeordneten, die für die Einengung der Steuerhoheit des Reiches sind, konnten nicht nachweisen, daß damit eine Verfassungsänderung beschlossen würde. Sämtliche Sozialdemokraten und Demokraten erklärten sich im Steuerausschuß gegen diese Auffassung.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

Bethmann-Hollweg' Bezeichnung. — Der Kampf um den U-Bootkrieg.

Schon äußerlich kündigte sich der heutige Verhandlungstag als ein „großer Tag" an. Die Zahl der Zuhörer im Parterre und auf den Galerien hat eine noch nicht dagewesene Höhe erreicht.

Um 9¼ Uhr erschien der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in Begleitung zweier Herren und nahm einstweilen im Vorzimmer des Verhandlungssaales Platz.

Kurz nach ½10 Uhr eröffnete Landgerichtsrat Baumbach die Verhandlung. Es erfolgte zunächst der Zeugenaufruf.

Rechtsanwalt Alsberg beantragt zum Beweisthema „Unwahrhaftigkeit" den Bergassessor Gumpel und zum Thema „Politische Korruption" das Mitglied der Nationalversammlung Hermann, Dr. Henbemann und Direktor Merten zu laden. Der Vorsitzende weist nochmals darauf hin, daß man endlich mit der Beweisaufnahme zu Ende kommen wolle und daß die fortwährende Ladung neuer Zeugen zur Vereinfachung des Verfahrens nicht beitrage.

Helfferich: In der Steuerangelegenheit hat der Nebenkläger am 8. Juni 1919 in der Nationalversammlung gesagt, daß ich mich früher als Staatssekretär jeder ordnungsmäßigen Steuergesetzgebung und namentlich der Kriegsgewinnsteuer widersetzt habe. Der Nebenkläger hat damit bewußt das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Ich habe mich weder einer ordentlichen Steuergesetzgebung noch der Kriegsgewinnsteuer widersetzt. Ich habe kurz nach meinem Amtsantritt in einer

Konferenz mit den Bundesministern

über die schwebenden finanziellen Fragen in einer Sitzung im Juli gesprochen. Wir wußten, daß die Zinsenlast, welche sich durch die Kriegsanleihen angesammelt hatte, ungeheuer sein würde, und ich war der Ansicht, daß jeder mit seinem Vermögen für die Staatszinsen aufkommen müsse wie für eine Privatschuld. Im August hatte ich eine Unterredung mit dem damaligen Abg. Erzberger und erklärte ihm dabei, daß, wenn Deutschland mit einem neuen Winterfeldzug rechnen müsse, ich auf neue Steuern nicht verzichten könne. Am 13. Januar kam Exzellenz Spahn zu mir und erzählte, er komme soeben aus einer Zentrumsfraktionssitzung. Ein Abgeordneter, dessen Namen er nicht nennen wolle, habe in dieser Fraktionssitzung erklärt, daß er einer

Konferenz beim Reichskanzler

— er unterstrich das Wort Konferenz — beigewohnt habe. Der Reichskanzler habe sich in dieser Konferenz bereit erklärt, die neuen Steuervorlagen zurückzuziehen. Ich wußte, wer dieser Zentrumsabgeordnete gewesen sein konnte, und ich sagte Exzellenz Spahn auf den Kopf zu, daß es sich nur um Erzberger handeln könnte. Spahn bejahte nicht, aber er verneinte auch nicht. Da ich genau wußte, daß der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in dieser Sache hinter mir stand, telephonierte ich noch in Gegenwart von Herrn Spahn mit der Reichskanzlei. Herr v. Bethmann Hollweg war jedoch nicht zu Hause. Ich fuhr darauf zu ihm, traf ihn auch an und machte ihm von dem, was Herr Spahn mir gesagt hatte, Mitteilung. Der Reichskanzler war empört darüber und erklärte mir, der Abg. Erzberger habe eine Unterredung mit ihm nachgesucht. In dieser sei auch über die Steuersachen gesprochen worden und er, Bethmann Hollweg, habe gesagt, die Angelegenheit sei entschieden und sei dann auf ein anderes Thema übergegangen. Das habe ich Herrn Dr. Spahn mitgeteilt, und das Resultat war, daß dann die Zentrumsfraktion in eine Beratung der Steuervorlagen eingetreten ist. — Erzberger: Alle meine Behauptungen, die ich in der Nationalversammlung aufgestellt habe, halte ich aufrecht. Der Angeklagte hat sich jeder vernünftigen Steuergesetzgebung, namentlich der Kriegsgewinnsteuer gegenüber, ablehnend verhalten.

Erzberger: Ich habe damals mit mehreren Abgeordneten aller Parteien über die Vorlage gesprochen. Namentlich auch mit Sozialdemokraten. Ich glaube, Herr Dr. Südekum war dabei. Es wurden dabei die allerernstesten Bedenken gegen die Vorlage geltend gemacht. Es wurde gesagt, daß man jetzt nicht indirekte Steuern machen könne und andererseits die großen Vermögen und die großen Einkommen nur ungenügend besteuere. Im Anschluß daran hatte ich mit Herrn v. Bethmann Hollweg eine Unterredung unter vier Augen. Ich habe ihm von dem eben Gehörten Mitteilung gemacht und auf das unbefriedigende Verhältnis zwischen den direkten und indirek-

Der Dichter.

Skizze von Robert Kurt.

Er war nun bereits elf Wochen arbeitslos. Nicht als Dichter, da er als solcher, unabhängig von Auslandsrohstoffen und Betriebsmaterial, den Fabrikationsprozeß fortsetzen konnte. Oder besser gesagt: hätte fortsetzen können.

Weil er aber als Marktheifer, Bote, Fabrikarbeiter ohne Stellung war, fehlte ihm durch den Ausfall des Verdienstes die Möglichkeit, sich ausreichende Nahrung und Kleidung anzuschaffen.

Bei den ewig kalten Füßen und halbhungrigem Magen schrumpfte darum neben allem anderen auch die poetische Ader dermaßen zusammen, daß aus ihr wenig oder gar kein lebenwarmes Blut zu pressen war. Das Leben in ihr befand sich nur noch in einem Zustand latenter Form.

Zu den ganz großen Lebenskünstlern, die aus nichts und mit nichts noch allerlei machen, gehörte er nicht.

Er wußte das recht gut. Aber so sehr überwog sein dichterisches Fühlen den klaren Verstand nicht, um nicht auch zu wissen, daß jene dieses Kunststück auch nur fertig brachten, weil sie Kredit besaßen. Kredit gesellschaftlicher und finanzieller Art.

Er — als Proletarier — besaß keinen von beiden. Und deswegen war er ein Unglückswurm in jeder Beziehung.

Eben kam er vom Volkshaus, wo die Arbeitslosenkarten gestempelt wurden. Er hatte für den Tag einen blauen Klex auf seiner Karte. Nun war er frei.

Jetzt konnte er also heim gehen oder durch die Stadt bummeln, konnte stehen bleiben oder weiter wandern, vorwärts oder rückwärts laufen, konnte tun, was er wollte. Eines war so gescheit oder so dumm und sinnlos wie das andere.

Wenn er das gehabt hätte! Ein kleines, warmes Zimmerchen daheim. Dann wäre ihm geholfen gewesen. Er kannte die kostbaren Schätze, die man aus Büchern voller Glut und Lebensweisheit ausgraben kann.

Wie herrlich ließe sich dann die Freizeit ausfüllen! Herrlich im Vergleich zu dem Hundeleben, welches er so zu führen gezwungen war.

In sich versunken dasselbe er durch die Straßen der Stadt.

Zum soundsovielten Male — schon rein mechanisch — blieb er vor den Auslagen bestimmter Geschäfte stehen, besah sich hier Kunstdrucke und Gemälde, dort Ansichtskarten und ausgehängte Zeitschriften oder wieder wo anders Würste, Auslandsschokoladen, Weintrauben, Speck und Fischkonserven.

Ihn regte das alles nicht mehr auf. Das Volk will es ja so haben, sagte er sich; und seine innere Resignation fraß sich immer tiefer.

Er wußte ganz genau, wenn er vor Wut die Scheiben einschlagen würde, sperrte man ihn ein. Und auch das wollte das Volk so haben.

Also — alles hinunter schlucken und — ein „vernünftiger" Mensch bleiben. Das war das einzig Mögliche.

Und — schließlich konnte es ja nicht immer so bleiben. Das war die einzige Hoffnung.

Er stand jetzt vor dem Schaufenster einer Weinhandlung. O — er konnte sich der Zeit erinnern, wo auch er sich eine Flasche leisten konnte. Zu ganz großen Festtagen seines Lebens. Zum Beispiel, wie er zum ersten Male ein Gedicht von sich gedruckt gelesen hatte.

Bier und Schnaps machten einen betrunken, aber am Wein kann man sich berauschen, philosophierte er. Das ist das Wunderbare beim Wein.

Angestrengt versuchte er die Namen auf den Flaschenetiketten zu lesen, aber er fand nicht die Sorte darunter, die er damals getrunken.

Wie harmlos sie alle in Reih und Glied standen! Im Geiste unternahm er den Versuch, sich auszumalen, wo die einzelnen Flaschen einmal alle hinwandern würden.

Er sah ein glücklich-frohes Heim, wo zwei junge Menschenkinder auf das Wohl ihres Erstgeborenen tranken; die Mutter aufgerichtet im Bett, er daneben auf einem Stuhle sitzend, beide voll der neuen, tiefen Seligkeit.

Das Bild verschwand und an seine Stelle trat das eines behäbig-schäbigen Hauspaschas, der zu seiner Gans für 120 Mark einer grünen, schlanken Pulle den Hals brach.

Dieses wurde abgelöst von dem eines Krankenlagers; der Genesende sog mit dem Wein gleichsam neue Lebenskraft in sich, daß die Wangen leicht zu glühen begannen.

In einem anderen sah er Lebedamen und ebensolche Herren bei reichgedecktem Liebesmahle schmausen und Glas um Glas füllen und leeren —

Immer und überall war es der Wein, der die Geister elektrisierte, der den Lebensdrang und alle Lust erhöhte.

Seine Phantasie schien unerschöpflich; er fand immer neue Ausschnitte des Lebens, in die er eine Flasche Wein stellte, sie öffnete und die der Flüssigkeit innewohnende Kraft in die Menschen leitete und in ihnen auswirken ließ.

Eine Pulle Bordeaux nahm er im Geiste mit zu sich in seine Kammer. Und diese — auch im Geiste — war wollig warm und gemütlich; er spürte keinen Hunger, war satt und hatte trotzdem noch zu essen. Voll Fröhlichkeit öffnete er die Flasche, füllte das Wasserglas bis zum Rande und trank den rotfunkelnden Wein in vollen, andächtigen Zügen. Dann setzte er sich hin und schrieb. Schrieb ein glühendes — —

Klirr — ritz —! Klang es plötzlich, und er sah auf einmal wieder das Schaufenster der Weinhandlung.

Und das war kaput. Ein kräftiger Mann, barhäuptig und knallrot im Gesicht, kam aus dem Laden gestürzt, faßte den „Dichter" hart am Arm und schrie aus Leibeskräften: Schutzmann!

Ein solcher erschien auch bald, ließ sich vom Ladeninhaber kurz aufklären und sich sagen, daß er den Kerl schon lange habe mit dem Oberkörper gegen das Fenster lümmeln sehen.

Und dann nahm der Schutzmann den „Kerl" mit.

Nach Fertigstellung des Protokolls und Erledigung der Formalitäten ließ man ihn wieder laufen.

Er fror wie ein junger Hund und wußte im übrigen immer noch nicht recht, was eigentlich los war.

In der nächsten kleinen Kneipe kaufte er sich einen Topf heißen Kaffee. Das Zeug schmeckte wie Aufwaschwasser und kostete fünfzig Pfennige.

Das Volk will es so haben, sagte er laut, zahlte und ging fort.

Daß die Wirtin ihm nachrief, bei ihm sei wohl ein Rad locker, hörte er nicht mehr.

Ueber die politischen Lehren aus der Vorgeschichte des Krieges spricht am 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, Prof. Dr. Mendelssohn-Bartholdy in der Deutschen Liga für Völkerbund, Unter den Linden 78.

Heinrich Lautensacks Pfarrhauskomödie, die im Kleinen Theater schnell zur fünfzigsten Aufführung gelangt ist, hat bei täglich ausverkauftem Hause nach Rechnung der Berliner Redaktion in noch nicht zwei Monaten eine Viertelmillion Mark erbracht. Wem kommt das zugute? Der Dichter, der Zeit seines Lebens schwer ringen mußte, sank vor Jahr und Tag ins Grab. Und seine Witwe hat in Bedrängnis kurz nach dem Tode des Dichters gegen eine relativ geringe Pauschalsumme sämtliche Verlagsrechte der Lautensackschen Werke sowie die Hälfte aller künftigen Tantiemen aus ihren Aufführungen verkauft. Das war ein glänzendes Geschäft für den Verleger, das sich nun bei dem ungeahnten Erfolge der „Pfarrhauskomödie" als großer Verlust für die herausstellt, die als Gefährtin der harten Zeiten des Dichters den ersten Anspruch auf die spät folgenden Erträge seines Schaffens hätte.

Der Musikpädagoge Paul Geyer, der am Sternschen Konservatorium wirkte, ist gestorben. In der Nacht zum Mittwoch traf ihn auf offener Straße der Schlag.

Uraufführung eines Verhaeren-Hymnus. In den großen Gürzenich-Konzerten gelangte in Köln der „Hymnus an das Leben" für gemischten Chor, Orgel, Bariton-Solo und großes Orchester zur Uraufführung, den Hermann Unger nach einer Dichtung von Verhaeren komponiert hat.

Ein deutscher Balladenmittag wird vom Klassischen Theater am 29. Februar, mittags 11½ Uhr, in der Volksbühne am Bülowplatz veranstaltet. Balladen von Bürger, Goethe, Schiller, Konrad Ferdinand Meyer, Liliencron, Agnes Miegel, gesprochen und gesungen u. a. von Hertha Dehmow, Lilli Schönborn, Ludwig Wüllner. Eintrittskarten durch die Direktoren der Groß-Berliner höheren Lehranstalten und die Kasse der Volksbühne. Einleitende Worte spricht Johannes Klaudius.

Ein Thüringer Volksschul-Liederbuch ist geplant, das einheitlich gelten, heimatliches Gepräge tragen und in erster Linie dem Thüringer Volksgesang Raum gewähren soll. Sowohl für die Lieder als auch die Melodien ist die ursprüngliche Fassung maßgebend. Oberlehrer Kurt Thum in Weimar ist mit der Sammlung des Materials betraut worden.

ten Steuern hingewiesen. Herr v. Bethmann Hollweg war mit mir darin einig, daß unter allen Umständen eine

Gefährdung des Burgfriedens

wegen der Rückwirkung auf Volk und Heer verhindert werden müsse. Ich bitte, den früheren Herrn Reichskanzler selbst zu fragen, ob er nicht auch erklärt hat, er würde lieber die indirekten Steuervorlagen zurückziehen, um es nicht zu einem Bruch mit den Parteien kommen zu lassen. Ich habe davon in einer Sitzung des Vorstandes der Zentrumsfraktion Mitteilung gemacht und über meine Unterredung berichtet. Den Ausdruck „Konferenz" habe ich nicht gebraucht. Darauf sandte der Vorstand der Fraktion Herrn Dr. Spahn zum Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich, um diesem davon Mitteilung zu machen. Als Spahn zurückkam, berichtete er, es müsse hier eine falsche Auffassung vorliegen. Dr. Helfferich habe gesagt, Bethmann Hollweg würde die indirekten Steuern nicht fallen lassen. Darauf ist dann die Fraktion an die Arbeiten für die Steuervorlage herangegangen. — Helfferich: Ich möchte hierzu noch keine Fragen stellen, ich bitte erst Herrn v. Bethmann Hollweg zu vernehmen.

Exzellenz v. Bethmann Hollweg wird dann in den Saal gerufen und leistet den Zeugeneid. — Vors.: Herr Dr. Spahn teilte im Januar 1916 dem Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich mit, daß der Abgeordnete Erzberger mit Ihnen, Exzellenz, in Sachen der Steuervorlage Rücksprache genommen habe. Können sich Ew. Exzellenz dessen erinnern? — v. Bethmann Hollweg: Jawohl. Der Abgeordnete Herr Erzberger hat, als ihm die Steuerpläne des Reichsschatzamts für die Jahre 1915/1916 bekannt wurden, mir wiederholt Einwendungen gegen die Zweckmäßigkeit der Steuervorlagen gemacht. In Anerkennung, daß eine Erschütterung des Burgfriedens unbedingt zu vermeiden war, habe ich Herrn Erzberger gesagt, daß ich seine Bedenken mit dem Reichsschatzsekretär besprechen werde. Das habe ich auch getan. Das geschah aber zu einer Zeit, als die Vorlagen das preußische Staatsministerium und den Bundesrat noch nicht beschäftigten. Am 1. Januar 1916, an dem Tage, an dem sich dieser Vorfall abgespielt hat, hatten das preußische Staatsministerium und der Bundesrat die Vorlagen genehmigt. Eine Konferenz — dieser Ausdruck ist gefallen — über die Steuervorlagen habe ich an diesem Tage nicht abgehalten. Von einer Konferenz kann keine Rede sein, dagegen hat Herr Erzberger

eine Unterredung mit mir

nachgesucht, wie er das ja häufig tat, und ist nochmals nachdrücklich auf seine Bedenken gegen die Vorlage zurückgekommen. Soweit ich mich erinnere, fußten seine Einwände auf dem Verhältnis der direkten und der indirekten Steuern in der Vorlage. Er wies dann auf die Bedenken hin, die überall gegen die Vorlage beständen, und daß somit der Burgfrieden eventuell gefährdet werden könnte.

Ich habe ihm entgegnet, daß die Ansichten über die Wirkung der Vorlage auf den Burgfrieden auseinandergingen, um so mehr sei es die Pflicht in der Art der Behandlung der Vorlage, alles zu vermeiden, was den Burgfrieden zerstören könne. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß die Einbringung der Steuervorlage fest beschlossen sei. Eine Andeutung, daß ich nicht hinter diesen Vorlagen stände, oder daß ich sie zurückziehen wolle, habe ich nicht gemacht. Obwohl ich Herrn Erzberger sagte, daß die Einbringung beschlossen sei, insistierte Herr Erzberger auf sein Bedenken. Ich entsinne mich, daß Herr Erzberger das mit solchem Nachdruck tat, daß ich mich veranlaßt sah, um die Unterhaltung zu beenden, ein anderes Thema anzuschneiden. — Vors.: Besteht die Möglichkeit, Exzellenz, daß Herr Erzberger Sie mißverstanden haben kann? Oder haben Sie Ihre Ansicht so deutlich zum Ausdruck gebracht, daß kein Mißverständnis möglich war? — v. Bethmann Hollweg: Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten. Aus dem Verhalten des Herrn Erzberger gewann ich den Eindruck, daß ihm viel darum zu tun war, die Vorlage zu Fall zu bringen. Wenn Herr Erzberger aus unserer Unterredung in dieser Hinsicht Schlüsse gezogen hat, so kann ich mir nur vorstellen, daß hier

der Wunsch der Vater des Gedankens

war. — Vors.: Ein Mißverständnis ist doch eigentlich nicht möglich. Gerade daraus, daß Herr Erzberger auf seinen Einwänden insistierte, geht das doch auch hervor, denn sonst hätte dies Verharren ja gar keinen Zweck. — v. Bethmann Hollweg: Gewiß, ich bin auch weiterhin der Ansicht, daß Herr Erzberger meine Stellung in der alten Regierung so genau kannte, daß er wußte, nachdem unter meiner Mitwirkung die Vorlage beschlossen worden war, ich jetzt nicht sagen würde, ich wolle die Vorlage zurückziehen.

Oberstaatsanwalt Krause: Hat Dr. Spahn in seiner Mitteilung das Wort „Konferenz" gewählt? — v. Bethmann Hollweg: Herr Dr. Spahn hat mir keine Mitteilung gemacht. Dr. Helfferich hat mir darüber referiert. Er hat gesagt. Er hat gesagt, Dr. Spahn habe von einer angeblichen Konferenz über die Vorlage gesprochen. Ich entsinne mich, daß ich das mit ziemlicher Heftigkeit zurückgewiesen habe, da es den Eindruck erweckte, als ob ich eine Konferenz über Steuervorlagen ohne den Reichsschatzsekretär abgehalten hätte. Daß

Bedenken gegen die Vorlage

bestanden, war mir völlig klar. Aber deswegen habe ist ja gerade Herrn Erzberger ersucht, den Burgfrieden nicht untergraben zu lassen. Und schließlich ist ja die Vorlage auch angenommen worden, ohne daß der Burgfrieden gebrochen wurde.

Erzberger: Können sich Ew. Exzellenz entsinnen, daß von sozialdemokratischer Seite gegen die Verteilung der Steuern ernsthafte Bedenken geltend gemacht wurden und daß ich hiervon Ew. Exzellenz Mitteilung machte? — v. Bethmann Hollweg: Ich kann mich nicht genau entsinnen, was Ew. Exzellenz gesagt haben. Exzellenz haben auf Ihrem Bedenken insistiert. — Erzberger: Können sich Ew. Exzellenz besinnen, daß ich nicht gegen die Vorlage an und für sich gesprochen habe, sondern nur gegen die Verteilung der Steuern? — Zeuge: Gegen die Einbringung der Vorlage überhaupt ist Exzellenz nicht aufgetreten, sondern nur gegen die Zweckmäßigkeit der Steuern. — Erzberger: Haben Exzellenz mir nicht damals zugegeben, daß die Aufrechterhaltung des Burgfriedens das erste politische Ziel zu jener Zeit sei und daß Sie über mein Bedenken nochmals mit dem Reichsschatzsekretär Helfferich Rücksprache nehmen wollten? — Das war zu einer Zeit, als die Vorlage noch nicht beschlossen war. Ich bin immer gern auf jede Rücksprache mit den Abgeordneten eingegangen. Daß ich Ihre Bedenken noch einmal mit Dr. Helfferich besprechen würde, bezog sich auf die Zeit, als die Vorlage noch nicht beschlossen war.

Erzberger: Ich habe über die Unterredung mit Herrn Bethmann Hollweg in der Fraktionssitzung am Mittwoch gesprochen; man kann mir aber nicht den Vorwurf machen, daß ich das Gegenteil von meiner Unterredung mit dem Reichskanzler wiedergegeben habe. — Helfferich: Sind dem Herrn Reichskanzler von Herrn Erzberger weitere Vorschläge für die Steuergesetzgebung gemacht worden? — Vorsitzender: Ich bedauere, Exzellenz, diese Frage nicht zulassen zu können. Wir können uns hier nicht auf

neue Steuerprobleme

einlassen. — Helfferich: Es gab dann noch ein Nachspiel. Herr Erzberger, der heute angibt, sich damals für die Besitzsteuer eingesetzt zu haben, bat zum Grafen Hertling, der damals noch Berlin kam, um mit mir darüber offiziell zu sprechen wörtlich gesagt: „Es sind gar keine Komplikationen zu befürchten, wenn Helfferich sich in dieser Sache als Meister der Festigkeit zeigt." — R.-A. Alsberg: Hat Herr Erzberger am 17. Januar in der Unterredung mit Bethmann Hollweg gesagt: „Helfferich gehe in der Besitzsteuer nicht weit genug?" — Zeuge v. Bethmann Hollweg: Daran kann ich mich heute nicht mehr erinnern.

Es wird darauf Exzellenz Spahn vernommen. Dieser tritt, da er sehr schwerhörig ist, unmittelbar auf die zum Richtertisch emporführenden Stufen und spricht dann so leise, daß sowohl Erzberger, wie Geheimrat v. Gordon, als auch Helfferich und sein Verteidiger sowie andere Herren sich dicht um ihn drängen. Auch Oberstaatsanwalt Krause verläßt seinen Platz um besser hören zu können. Exzellenz Spahn bekundet, daß Erzberger sich gegen die Einbringung neuer Steuern während des Krieges ausgesprochen habe. Erzberger war der Ansicht, daß man die paar Millionen Mark Zinsen, die der Krieg noch fordern würde, durch neue Anleihen aufbringen könne. Man war ja damals allgemein der Ansicht, daß der Krieg noch in demselben Jahre zu Ende gehen werde. Erzberger erklärte damals auch, daß der Reichskanzler in der Unterredung mit ihm erklärt habe, er lege auf die Durchführung der Steuervorlage keinen Wert.

Vors.: Exzellenz, ich bitte das noch einmal zu wiederholen, denn das ist ja gerade der springende Punkt. — Spahn: Nach den Versicherungen Erzbergers legte der Reichskanzler auf die Durchführung der Steuern keinen Wert. Auf diese Nachricht hin ging ich zu Helfferich und erzählte ihm, was ich gehört hatte, ohne Erzbergers Namen zu nennen. Ich fragte den Staatssekretär, ob denn der Reichskanzler in der Steuerfrage auch hinter ihm stehe. Helfferich fragte mich nach dem Namen des Abgeordneten, der in der Angelegenheit mit dem Reichskanzler gesprochen habe. Er war über die Mitteilung, die ich ihm machte, außerordentlich verwundert, denn, so erklärte er, er habe mit dem Reichskanzler den Etat durchgesprochen und der Kanzler habe durchaus hinter ihm gestanden. — Helfferich: Exzellenz erinnern sich vielleicht, daß ich nach dem Namen des Abgeordneten fragte, der mit dem Reichskanzler eine Konferenz gehabt hatte. Ich betone ganz besonders das Wort Konferenz, damit nicht der Eindruck erweckt wird, als habe

ein Tete-a-tete zwischen Kanzler und Erzberger

stattgefunden. — Erzberger: Kann der Herr Zeuge vielleicht sagen, ob ich nicht bereits in der Fraktionssitzung am 17. Januar über die Steuervorlage gesprochen habe? — Zeuge Spahn: Nein, das ist später gewesen. Die Fraktionssitzung, die sich mit den Steuervorlagen beschäftigte, fand erst im April statt. — Erzberger: Sie erinnern sich doch aber wohl, daß wir im kleinen Kreise — es waren 10 Herren — über die Steuerfrage gesprochen haben, und Sie werden sich vielleicht erinnern, daß wir Sie baten, zu Herrn Helfferich zu gehen und mit ihm Rücksprache zu nehmen? — Spahn: Im kleinen Kreise ist allerdings über die Steuerfrage gesprochen worden. — Erzberger: Habe ich damals im kleinen Kreise nicht auch gesagt, man müßte schon jetzt an die Einbringung der Besitzsteuern herangehen? — Spahn: Nein, dann hätte ich überhaupt nicht zu Helfferich hingehen brauchen.

Helfferich: Ich komme nun zu dem

U-Boot-Vorstoß des Herrn Erzberger.

Im Juni 1917 fand bei mir, als Vizekanzler, eine Besprechung mit den einzelnen Fraktionen statt. Von der Zentrumsfraktion erschien in meinem Hause lediglich Exzellenz Spahn und der Abgeordnete Erzberger, während der Abg. Groeber nicht zu kommen vermochte. Ich fragte die beiden Herren, ob besondere Wünsche des Zentrums vorlägen. Beide erklärten mir: Nein. Herr Erzberger brachte dann die U-Boot-Frage an Hand von Material, über welches, glaube ich, ein holländisches Blatt berichtet hatte, zur Sprache. Ich sagte zu Herrn Erzberger: Sie haben doch nicht etwa darüber schon gesprochen? Sie werden doch nicht in dem Augenblick, in dem wir alle Kraft zusammenfassen müssen, Zweifel über die Wirkungen des U-Boot-Krieges aufkommen lassen? Erzberger antwortete: Aber Sie kennen mich doch! Ich spreche hier davon im kleinen Kreise, aber ich werde natürlich in der Budgetkommission darüber nicht sprechen. Trotzdem hat Herr Erzberger wenige Tage später in der Budgetkommission den sensationellen Vorstoß gemacht. — Vors.: Ich bitte Exzellenz Erzberger, sich hierzu zu äußern.

Erzberger: Ich erinnere mich der Besprechung bei dem Angeklagten. Wir kamen auf den U-Boot-Krieg zu sprechen und ich sprach damals über das mir zugesandte Material und nannte wohl auch Zahlen. Ich entsinne mich jetzt übrigens, daß ich das Material dem Admiralstab zugesandt und um schleunige Antwort gebeten hatte. Ich habe bei der Unterredung mit Helfferich betont, daß ich von der

Antwort des Admiralstabes

meine Aktion abhängig machen werde. — Vors.: Was für eine Aktion? Dann wollen Sie doch zugeben, daß Sie eine Aktion vorhatten? — Erzberger: Ich sagte zu Helfferich, daß ich dem Admiralstab Material gesandt, und meine Aktion davon abhängig machen werden, ob die Antwort befriedigend ausfallen werde, und daß ich meine weiteren Schritte von der Antwort des Admiralstabes abhängig mache. — Vors.: Hier ergibt sich ein Gegensatz. Haben Sie Herrn Helfferich ausdrücklich gesagt, daß Sie

weitere Schritte in der U-Boot-Frage

vorhatten? Exzellenz Helfferich bestreitet das doch. — Erzberger: Ich habe jedenfalls an weitere Schritte gedacht. — Vors.: Ja, haben Sie aber auch diese Gedanken zum Ausdruck gebracht? — Erzberger: Nach meiner Erinnerung, ja. Hätte ich vor der Unterredung mit Herrn Helfferich schon die Antwort des Admiralstabes gehabt, die in den ersten Tagen des Juli eintraf, dann hätte ich erklärt, daß ich nicht schweigen könne und werde. Ich habe übrigens dem Staatssekretär Solf, mit dem ich in jenen Tagen über die politische Lage sprach, dasselbe gesagt. — Vors.: Haben Sie Exzellenz Solf oder Exzellenz v. Bethmann Hollweg jemals die Möglichkeit Ihres Vorstoßes mitgeteilt? — Erzberger: Ich müßte weiter ausholen, denn die Unterredung bei Helfferich ist nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtbild. Die Sozialdemokraten wollten, wie ich gehört hatte, gegen die Kredite stimmen. Nach den mir zugegangenen Nachrichten war man in der Sozialdemokratischen Partei zu der Ansicht gelangt, daß Deutschland nicht mehr einen Abwehrkrieg führe, sondern zum Eroberungskrieg übergegangen sei. Eine Probeabstimmung, die innerhalb dieser Fraktion vorgenommen worden war, hatte eine

Mehrheit für die Ablehnung

ergeben. Ich sprach mit Bethmann Hollweg über die äußerst bedrohliche Situation. Vors.: Das ist ja ganz schön, aber was hat das mit Ihrem Vorstoß zu tun? — Erzberger: Der Reichskanzler sagte mir an einem dieser Tage, daß Fürst Bülow bei ihm gewesen und mit ihm längere Zeit über

die politische Lage

gesprochen habe. Fürst Bülow äußerte dabei, es sei nun Aufgabe des Reichskanzlers, das deutsche Volk von der Höhe seiner Hoffnungen in das Tal der Wirklichkeit hinabzuführen. Diese Ansicht Bülows war außerordentlich vernünftig und ich stimmte ihm vollkommen bei. Ich sagte Herrn v. Bethmann Hollweg, es sei jetzt höchste Zeit, eine feste Basis für den Frieden zu schaffen. — Vors.: Somit kommen wir also jetzt auf

die Friedensresolution.

— Erzberger: Jawohl, das war der Ausgangspunkt. Herr v. Bethmann Hollweg war bei meiner ersten Rede im Reichstag am 6. Juli nicht anwesend. Am Nachmittag ging ich zu ihm und er sagte mir: „Sie haben mich ja überfallen, wie Ziethen aus dem Busch." Ich antwortete: „Aber ich habe Ihnen doch die Sache vorausgesagt." — Helfferich, erregt unterbrechend: Herr Erzberger sagen Sie das alles unter Ihrem Zeugeneid oder unter dem Schutzmantel der parlamentarischen Immunität? — Vors.: Exzellenz, dieser Vorhalt ist eigentlich überflüssig. Ich habe doch keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich den Herrn Nebenkläger hier nicht unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität vornehme, sondern als Zeugen. — Erzberger: Ich kann nur sagen, wie sich die Ereignisse damals meiner Erinnerung nach abgespielt haben. Ich kann mich entsinnen wie ich will ich komme zu keinem anderen Ergebnis. Selbst die „Tägliche Rundschau", die doch wahrhaftig nicht meine Freundin ist (Allgemeine Heiterkeit, die der Vorsitzende energisch rügt), also selbst die „Tägliche Rundschau" schrieb am 28. Juli, daß ich nach ihrer Information vor der Sitzung des Reichstags Herrn v. Bethmann Hollweg mitgeteilt habe, daß ich vorgehen müsse.

Preußische Landesversammlung.

Die Landesversammlung beriet heute zunächst über den Einspruch gegen die Wahl des Genossen Hack. Der Wahlprüfungsausschuß empfahl dem Hause, die Wahl für gültig zu erklären. Der deutsche Volksparteiler Stendel stellte sich auf einen ganz engherzigen juristischen Standpunkt und beantragte Ungültigkeit. Dem entgegnete Genosse Brill, daß diese Anschauung hier nicht angebracht sei, weil durch nachträgliche stillschweigende Genehmigung der Beteiligten die Abänderung der sozialdemokratischen Kandidatenliste auch juristisch unanfechtbar geworden ist. Die Abstimmung blieb zweifelhaft, da sich Zentrum und Rechte einerseits und Sozialdemokraten und Demokraten andererseits geschlossen gegenüberstanden. Es wurde also ein Hammelsprung nötig. Dieser ergab die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die neue Sitzung wurde auf 1 Uhr anberaumt.

Groß-Berlin

Grenadierstraße.

Augenblicklich steht die Grenadierstraße im Mittelpunkt der kriminalen Interessen Berlins.

Augenblicklich wird, unter Aufwendung großer Truppenaufgebote Jagd gemacht auf die Grenadierstraße.

Augenblicklich ist kein Winkel sicher in der Grenadierstraße. Ihre eingewanderten Bewohner, die immer noch eine nicht vorbehaltlos übel zu deutende Scheu vor der Oeffentlichkeit aus Zeiten der Marterungen erfüllt, sehen sich plötzlich in den Mittelpunkt einer der periodischen Sensationen gedrängt, die allerlei Schmocks gierig für ihre Zwecke ausnutzen.

Die Grenadierstraße ist weder äußerlich noch innerlich eine der saubersten Straßen Berlins. Sie beherbergt neben der in Wirklichkeit verhältnismäßig geringen Zahl galizischer Einwanderer, auf die es den Sensationsmachern hier aber gerade ankommt, viel lichtscheue Leute, die sich nicht allzu weit von der Grenze zum Verbrechertum aufhalten. Gegen diese energisch vorzugehen ist Pflicht der Polizei. Ebenso wie es ihre Pflicht ist, gegen den unerlaubten Handel, auch der Galizier, mit Schärfe aufzutreten. Dabei ließe sich allerdings erwähnen, daß auch an anderen Stellen Berlins und nicht zum wenigsten im Westen, was auch der Polizei nicht ganz unbekannt sein dürfte, öffentlich unerlaubt gehandelt wird und dabei Werte verschoben werden, gegen die die Grenadierstraße wie ein Waisenkind dasteht. Der Unterschied ist nur der, daß die Armseligen der Grenadierstraße nach östlichen Gepflogenheiten nicht von der Straße lassen können, während das üble Schiebertum des Westens es sich in den Kaffees und Weinlokalen breitmacht.

Liegt eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit vor, durch das dichte Aufeinanderwohnen von Leuten, die es mit der Reinlichkeit nicht genau nehmen, so schicke man die Gesundheitspolizei hierher und sorge, sogar unter Zwangsmaßnahmen, für die Einführung der ungewohnten westlichen Sauberkeit. Der Hinweis einer gewissen Presse, auf beabsichtigte Unterbringung in Konzentrationslagern ist wohl nicht ganz ernst zu nehmen und dürfte der Phantasie sehr eifriger Berichterstatter entsprungen sein.

Höchst überflüssig ist der Tomtom mit dem die Nazzien, bewußt oder unbewußt sei dahingestellt, in Szene gesetzt werden. Das Ganze mutet zuweilen an wie ein übler Kientopp, wie eine Vorstadttheatervorstellung, und die Berichte verschiedener Blätter verdichten sich schließlich zu einer „lustigen Hetz' auf Ostjuden in der Grenadierstraße".

Daß die Gefahr für eine solche gefährliche Parole heute sehr nahe liegt, und daß sie der Republik unendlich schaden könnte, werden selbst Leute nicht abzustreiten wagen, die es sonst mit der Republik recht gut meinen.

Maskierte Räuber.

Obgleich man der Berliner Kriminalpolizei die Anerkennung für eine ersprießliche Tätigkeit in der letzten Zeit nicht versagen kann, so scheint sich doch das Berliner Verbrechertum neuerdings außerordentlich sicher zu fühlen. Die Raubüberfälle auf offener Straße mehren sich, und gestern abend wurde sogar mitten im belebten Berlin ein Ueberfall auf ein ganzes Kontor ausgeführt.

In einem Kontor des Berliner Spediteurvereins in der verlängerten Schöneberger Straße erschien abends, als der Kassierer Albert Jäger, ein Mann von 65 Jahren, mit der Abrechnung beschäftigt war, ein maskierter Mann, dem auf dem Fuße noch drei Männer folgten, die gleiche Masken trugen. Gleich nach dem Eintritt, und ohne ein Wort zu sagen, eröffneten die Eindringlinge ein wildes Revolverfeuer. Der kleine Raum war im Augenblick vollständig in Pulverdampf gehüllt. Die Wirkung war, daß ein ebenfalls anwesender greiser Wächter Ernst von drei Schüssen zusammenbrach. Der Kassierer Jäger duckte sich und kam nur durch einen Zufall mit dem Leben davon. Gleich nach dem Feuer verließen die drei Räuber, die zuletzt eingetreten waren, das Kontor und paßten draußen auf. Jetzt trat der erste mit erhobener Schußwaffe an Jäger heran und forderte ihn auf, das Zählbrett mit dem Gelde — es lagen etwa 35000 Mark in Papiergeld darauf — herauszugeben. In demselben Augenblick raffte er auch schon das Geld zusammen, schlug es in den Abrechnungsbogen und verließ mit der Beute das Kontor, nachdem er rasch noch die Fernsprechleitung zerstört hatte, um zu verhindern, daß der Kassierer Hilfe herbeirufe. Also vier Räuber entkamen so unangefochten. Nach ihrem Verschwinden rief Jäger den Stallmann herbei und ließ Lärm schlagen und die Sicherheitspolizei benachrichtigen. Diese fand bei einer Besichtigung des Raumes und seiner Umgebung noch acht Patronenhülsen. Die benachrichtigte Feuerwehr brachte den schwerverletzten Wächter nach dem Elisabeth-Krankenhause, wo er sehr bedenklich darnieder liegt.

Die Disziplinargewalt in Groß-Berlin. Eine für die höheren Beamten Groß-Berlins bedeutungsvolle Aenderung hat der Gesetzentwurf Groß-Berlin in der ersten Lesung erfahren. Nach der Regierungsvorlage sollte die Disziplinargewalt über die Mitglieder der Bezirksämter, die Bezirksstadträte, dem Oberbürgermeister von Groß-Berlin zustehen. Der 17. Ausschuß der Landesversammlung hat den § 29 dahin geändert, daß die gewählten Mitglieder der Bezirksämter der Disziplinargewalt der Bezirksbürgermeister unterstehen.

Das „Dorado". Die „Freiheit" fühlte sich, angeblich durch gekränkte Laubenbesitzer gedrängt, uns vorzuhalten, daß wir eine Laubenkolonie am Wedding „Das Dorado der Verbrecherwelt" genannt haben. O, liebe „Freiheit", muß man es dir wirklich sagen, daß ehrliche Laubenbesitzer wirklich nichts dafür können, wenn böse Verbrecher aus ihrer Kolonie ein Dorado für sich machen? Sie bleiben deshalb doch ehrliche Leute und sind höchstens zu bedauern, daß sie eine so schlimme Nachbarschaft haben. Aber die „Freiheit", die das sehr wohl wußte, hätte die über uns beschwerdeführenden Laubenbesitzer doch darüber aufklären müssen, daß sie über den Begriff eines Dorados im unklaren sind. Das tat die „Freiheit" wohlweislich nicht.

Die Betriebsratswahlen.

Die Angestellten und die Betriebsratswahlen.

Zu lebhaften Erörterungen über die Stellung zu den Betriebsratswahlen kam es am Donnerstag in der sehr stark besuchten, in der „Neuen Welt“ abgehaltenen Versammlung der Vertrauensmänner und Funktionäre der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Der Referent **Aufhäuser** vertrag den Standpunkt: Obgleich das Betriebsrätegesetz den Forderungen der Arbeitnehmer nicht gerecht wird, ist es nun der gegebene Boden, auf dem die Arbeiter und Angestellten für die Demokratisierung der Betriebe kämpfen müssen. Bei der Wahl muß die Geschlossenheit der Betriebe zum Ausdruck kommen. Der Betriebsrat muß die Vertretung der gesamten Belegschaft sein. Er darf nicht in verschiedene politische Lager gespalten sein. Die Betriebsräte haben keine politische Partei, sondern den Klassenstandpunkt der Arbeitnehmer zu vertreten. Es ist zu bedauern, daß die Angestellten nicht überall mit den Arbeitern zusammengehen können, denn diese stellen ihre Listen nach politischen Parteien auf. Diesen Zwiespalt wollen die Angestellten nicht in ihre Organisationen hineintragen. Die Aufstellung politischer Listen ist keine revolutionäre Tat, sondern eine Dummheit. **Für die Angestellten gilt die Wahlparole: „Hie freie Gewerkschaft, hie Harmonieverein.“**

Wegmann, Vertreter der Zentrale der Betriebsräte (roter Vollzugsrat) eröffnete die Diskussion mit einer Dauerrede, die wegen ihrer Länge und auch wegen ihres Inhalts auf lebhaften Widerspruch eines großen Teils der Versammlung stieß. Soweit er zur Sache sprach, suchte er die Haltung der radikalen Berliner Gewerkschaftsvertreter zu rechtfertigen. Er sprach es nicht klar aus, aber man konnte es nach seinen Aeußerungen annehmen, daß die Berliner Radikalen ihren Standpunkt aufgeben wollen, weil sie fürchten, sie könnten sonst wegen Verstoßes gegen die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund beschlossenen Richtlinien aus den Zentralverbänden ausgeschlossen werden.

Grete Weinberg trat lebhaft und überzeugend für die Ausschaltung politischer Gesichtspunkte bei den Betriebsratswahlen ein. Wenn es den freigewerkschaftlichen Angestellten gelinge — was in den großen Handelsbetrieben nicht leicht sein werde —, ihre Liste gegenüber den Gewerkschaftsbünden durchzubringen, dann sei ein gutes Stück sozialer Arbeit geleistet.

Nachdem **Schindler** und **Burkiczak** dem Standpunkt des Referenten beigetreten waren, begründete **Hensel** eine Resolution, welche die Aufstellung gemeinsamer Listen mit den Arbeitern fordert und die Kandidaten gegen die Arbeitsgemeinschaft, für den Klassenkampf, das revolutionäre Rätesystem und die jederzeitige Abberufung der Gewählten verpflichtet.

Fritz Schmidt vertrat mit überzeugenden Gründen die Aufstellung reiner Gewerkschaftslisten und sagte, auch die Zentrale der Betriebsräte habe — was **Wegmann** verschwiegen habe — zuerst **die Aufstellung politischer Listen abgelehnt**, um mit den Kommunisten zusammengehen zu können. — **Hensel**, der politische Listen verlange, sei Angestellter der „Freiheit“, die Mitunterzeichner seiner Resolution seien Angestellte einer Gewerkschaft und einer Krankenkasse. Da sei es leicht, politische Listen aufzustellen. Aber wo seien denn die Kollegen in den Privatbetrieben, die für politische Listen zu haben wären. **Die Mitglieder der U.S.P. in der Gewerkschaftskommission — sagte der Redner — haben heute beschlossen, die Aufstellung politischer Listen abzulehnen. Damit ist der Konflikt in der Gewerkschaftskommission erledigt.** (Lebhafter Beifall.)

Mit sehr großer Mehrheit stimmte die Versammlung einer Resolution zu, die in der Hauptsache sagt:

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände tritt in den Wahlkampf ein mit der Parole:
Kampf für die Gleichberechtigung in der Produktionsführung,
Kampf für die Durchführung der Sozialisierung,
Kampf gegen den kapitalistischen Betriebsabsolutismus,
Kampf gegen „Gewerkschaftsbünde“ und sonstige Harmonievereine.

Das Eintreten für die restlose Betriebssolidarität gebietet es, unter Ausschaltung jeder politischen Zerklüftung einheitliche Listen für die Angestellten oder mit den Arbeitern zusammen freigewerkschaftliche Listen aufzustellen. Jede Gemeinschaft mit politischen Listen ist abzulehnen.

Jeder Kandidat muß sich zum Rücktritt vom Amt des Betriebsrats verpflichten für den Fall, daß ihm die Mehrheit der Wähler das Vertrauen entzieht.

Wegmann erklärte unter großer Unruhe, die Zentrale der Betriebsräte habe sich nicht gegen politische, sondern gegen parteipolitische und für revolutionäre Listen erklärt. Schmidt habe sich heute aus einer Sitzung des roten Vollzugsrats entfernt mit der Erklärung, er wolle mit demselben nichts mehr zu tun haben. Jetzt habe Schmidt in einem erschlichenen Schlußwort Angriffe gegen den roten Vollzugsrat gerichtet.

Fritz Schmidt antwortete auf diesen Vorwurf, Wegmann mißbrauche hier das Gastrecht.

Gewerkschaftsbewegung

Der alte Geheimratsgeist.

Einer Angestellten des Ministeriums für Volkswohlfahrt war ihre Stellung ohne Angabe von Gründen gekündigt worden. Sie wandte sich an ihre Organisation, den Zentralverband der Angestellten, und dieser fragte in höflichster Weise beim Ministerium für Volkswohlfahrt an, aus welchen Gründen der Angestellten gekündigt worden sei. Daraufhin bekommt der Zentralverband der Angestellten vom preußischen Minister für Volkswohlfahrt (unterzeichnet im Auftrage Lange) folgenden Bescheid:

„Bevor ich dem dortigen Ersuchen um Angabe der Gründe, welche zur Kündigung der Frau W. geführt haben, näher treten kann, ersuche ich um gefl. Mitteilung, aus welcher gesetzlichen Bestimmung der Zentralverband sein Fragerecht herleitet und zu welchem Zweck die Auskunft erbeten wird.“

Wir nehmen an, daß der Herr Minister für Volkswohlfahrt, der ja früher selbst Gewerkschaftssekretär war, dem Briefschreiber die gewünschte Auskunft geben wird. Es wird aber auch hohe Zeit, daß die Behörden ihre Geheimräte über Zwecke und Ziele der Berufsorganisationen und über den Verkehr mit den Vertretern dieser Organisationen aufklären.

Achtung, Fleischergesellen!

Nachdem die Wahlen zum Arbeitsnachweis am 7. Dezember 1919 ungültig erklärt, findet am **Sonntag, den 29. 2. 1920** die **Neuwahl** von 10—4 Uhr im Arbeitsnachweisgebäude, Rückerstr. 9/Gormannstr. 13, statt. Es sind diesmal 8 Prüfungsstellen eingerichtet und sind Wiederholungen des Gedränges nicht zu befürchten. Wahlberechtigt ist jeder Fleischergeselle in Groß-Berlin. Als Ausweis dient der Lehrbrief, Verbandswanderbuch, Invaliden- oder Arbeitslosenstempelkarte. Auch Zeugnisse, aus denen der erlernte Beruf hervorgeht, sind mitzubringen. Auch diejenigen sind wahlberechtigt, die zur Zeit in einem anderen Berufe arbeiten, sofern sie nachweisen, daß sie innerhalb der letzten sechs Jahre im Fleischerberuf gearbeitet haben. Wer die Eintragung in die Wählerliste versäumt hat, muß trotzdem zur Wahl kommen und wird im Wahllokal in die Liste nachgetragen.

Wer es ehrlich mit sich und seiner Familie meint, muß die Liste des Zentralverbandes der Fleischer wählen, die mit dem Namen **Conrad Krause** beginnt.

Wir bitten die Partei- und Gewerkschaftsgenossen, alle Fleischergesellen, mit denen sie zusammenkommen, auf die Wahl hinzuweisen.

Zentralverband der Fleischer. Ortsverwaltung Berlin.

Zentralverband der Zimmurer. Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Laut Beschluß der Zahlstellenversammlung vom 12. Februar 1920 ist jeder Kamerad, der im Berliner Lohngebiet arbeitet, verpflichtet, ab 8. Februar pro Woche 5 M. an Extrabeiträge zur Sonderunterstützung für Streikende zu zahlen. Quittiert werden die Beiträge durch 1-Mark-Marken. Wir ersuchen die Vertrauensleute, ganz besonders bei der Bücherkontrolle darauf zu achten, daß jeder seine Pflicht tut.

Das Resultat der Vorstandswahl ist folgendes: 1. Vorsitzender: A. **Renada**. 2. Vorsitzender: E. **Kling**. 1. Kassierer: A. **Bellsow**. 2. Kassierer: A. **Neumann**. 1. Schriftführer: G. **Schneider**. 2. Schriftführer: K. **Becker**. Revisoren: P. **Kiehn**, R. **Schöniger**, A. **Pritsch**. Kontrolleure: P. **Schiff**, O. **Müller**. Stichwahl ist nicht erforderlich.

Im Bericht über die Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes darf es nicht heißen, daß 50 Proz. des Verdienstes an Extrabeiträgen abzuführen sind, sondern nur 5 Proz.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Niederschönhausen. Freitag, den 27. Februar, 7½ Uhr, im Wilhelmshof: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aussprache über den Jahresbericht der Gemeindevertreter.

Lichtenberg. Freitag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, Schule Kronprinzenstr. 10: Fortsetzung des Kursus über Verfassungswesen und Kämpfe. Dr. Tichauer.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Wichtige Mitteilung für alle Leser des „Vorwärts“

Alle Leser des „**Vorwärts**“ erhalten gegen Einsendung des nebenstehenden Gutscheines ein Gratis-Probeheft der rühmlichst bekannten illustrierten Zeitschrift „Welt und Wissen“. Dieselbe bringt von **ersten Schriftstellern** gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissenschaften. Jedes Heft enthält ca. 20 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Pfahlbauzeit. — Wenn die Erde erzittert. — Wie erhalte ich mich jung. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Eine Fahrt im Unterseeboot usw.

Außerdem erhält jeder Abonnent **eine große illustrierte Hausbibliothek gratis** und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke.

Damit jeder Leser darauf abonnieren kann, ist der Preis auf nur 45 Pf. pro Heft festgesetzt.

Gutschein für die Leser des „Vorwärts“.
An den Verlag „Welt und Wissen“ Berlin-Schöneberg, Am Park 11.
Ich bestelle hiermit ein Probeheft kostenlos
Name: ________
Ort: ________

KUPFER 25.00 Mark MESSING 15.— Mark
Gold-, Silber-Medaillen und andere Metalle sowie alte Gebisse kauft
2 Ankaufsstellen
Gottheim, Mariannenstr. 12 und Schmidtsr. 17a, gegenüber Schäferstraße

Karl Hintze Kontor-Artikel
Buchdruckerei
Geschäftsbücher
Kartenregister
Berlin SW, Lindenstraße 78.
Fernspr.: Moritzpl. 2341.

Reinzinn bis 80,00
Messing 15,00, Kupfer 25,50, Blei 10,00, Zink 9,00, Rotguß 23,00, Weißmetall 30,00 bis 35,00, Nickel 32,00, Aluminium 17-20,00
Metallspähne
zahlt per Kilo, bei größeren Posten mehr. Sendungen von außerhalb werden prompt erledigt.
Metallschmelze Mariannenstr. 24, an der Kottbuser Brücke. Amt Mpl. 10638. Rebenanschl.

Altmetalle
in Kupfer, Messing, Rotguß, Aluminium, Zinn, Zink, Blei, Abfälle und Späne, Quecksilber kauft zu äußerst hohen Preisen von Fabrikanten und Händlern
„Metalleinkaufs-Centrale“,
Berlin SO 16, Neanderstr 13. Teleph.: Moritzplatz 667

Kupfer bis 25,—
Messing „ 15,—
Blei „ 9,50
Zinn bis 35.— Zink bis 8.—
etc., pro kg.
C. Wilke
Stallschreiberstr. 45, Laden

Elektro-Motore
Leitungs-Dynamo-Drähte, Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Alex. 4782). Kurze Str. 18 (Alex.-Pl.).

Möbel
und kompl. Wohnungseinrichtungen
Herren- u. Speisezimmer
Wohn- u. Schlafzimmer
Hervorragend schön und preiswert in allen Preislagen u. Stilarten
Klubsessel und Sofas in Gobelin und Leder
Spez.-Abteilung f. Vermietung kompletter Einrichtungen, daher stets viele Gelegenheitskäufe
M. Markiewicz
G.m.b.H., Berlin W 36, Markgrafenstr. 41

Verkäufe

Besten Anzüge [illegible], in eigener Werkstatt gearbeitet. Kuk, Wilhelmstraße vierzig A, Kochstraßenecke.

Bauplatz, nahe Bahnhof, Quadratrute 30 Mark, 150 Mark Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Bismarckstraße 11, Fernsprecher Steglitz 2894.

Damenmäntel, reinwollene Kostüme, Backfischkostüme, Regenmäntel, Kostümröcke, kauft man Arbeitsstuben. Meyer, Fischerstraße 13 I (kein Laden). 1282*

Kreuzfüchse sowie alle anderen Pelzarten zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Pelzkragen! Schmuckfachen! Pelzwaren-gelegenheitskäufe Warschauerstraße 7.

Jackettanzüge, Ulster, nur prima Stoffe, Maßarbeit, verkauft preiswert Leihhaus Prinzenstraße 105.

Gardinen aller Art, Künstlergardinen in reichhaltiger Auswahl, sowie Stores, Bettdecken, Steppdecken, Gardinenstoffe sehr preiswert. Magazinstraße 1, nahe Jannowitzbrücke, Alexanderplatz.

Leihhaus Moritzplatz 58a verkauft Herrenanzüge, Paletots, Damen-Garderobe aus feinsten Friedensstoffen verarbeitet. Ferner Kreuz-, Alaska-, Zobelfüchse, jetzt nach beendeter Saison zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Nähmaschinen zu verkaufen, auch Teilzahlung gestattet. Bahn, Brandenburgstraße 10. 487*

Auch-Möbel, Laden mit Werkstatt, Schaden Charlottenburg. Kein Tausch, Berlin 1. Horizonte, Puttkamerstraße 11. 458

Kochherde, kleine und große vorrätig. Herdfabrik Reform, Lichtenberg, Herzbergstr. 34.

Kinderschuhe, gut erhalten, Größe 27, 34, 35, verkauft Stüller, Bornholmerstr. 88, vorn III. 9145

Restposten von besten Anzugstoffen. Bestellungen nimmt entgegen Giebel, Schliemannstraße 21. 4510

Möbel

Chaiselongues 95,—, Depositen, Metallbetten, Küchen, Kleiderschränke, Meise, Auguststraße 37 A, Quergeb.

1- und 2-Zimmer-Einrichtungen liefert zu wirklich billigen Preisen in gediegener Ausführung; große Auswahl in nußbaum Spiegelschränken, Waschtoiletten, Bettstellen, Kleiderschränken, Vertikos, Auszichtischen, Umbauten, Sofas, Küchenmöbeln, eichenen Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Besichtigung erbeten. Möbel-Boebel, Oranienstraße 88 (Moritzplatz).

Schlafzimmer, Küchen, alle Arten Möbel billig. Tischlermeister Harnack, Angerstraße 31. 798

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, roh, gestrichen, liefert, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringerstraße 22 (Schönhauser Tor).

Möbel-Groh, Große Frankfurterstraße 141, Andreasstraße 3. Auf der und Kredit finden Sie in großer Auswahl 1- und 2-Stubeneinrichtungen, Herren-, Speise-, Schlafzimmer, auch einzelne Möbel zu mäßig billigen Preisen. Leichte Zahlungsbedingungen. Liefere auch auswärts. 1232*

Möbelkaufhaus, 40 Jahre bestehend, Belle-Alliance-Str. 14a, liefert als Spezialeinrichtung Schlafzimmer 1800,—, Herrenzimmer 1890,—, hochelegantes Speisezimmer 5500,—, moderne Einrichtungen 500,—, Nußbaumwohnzimmer 1890,—, Kleiderschränke 675, Bücherschränke 385,—, Polstergarnitur Spiegelumbau 1450,—, Bettstellen komplett 150,—, Kleiderschränke, Vertikos 150,—, Umbauten, Tische, Standuhren, Ruhebetten sehr billig. Zurückgesetzte, zurückstehen gewesene Einrichtungen unter Preis. Sicherheit Zahlungserleichterung.

Tatsächlich verkaufe Stuben- und Kücheneinrichtung, alles neu, mit kompletten Bett und Sofa, für 1770 Mark. Möbelfabrik, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstr.

Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen. Tapezierer Weller, Stargarderstr. 15.

Musikinstrumente

Einzelspielig Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 10,— Monatshonorar. Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Kunst- und Bandharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr 166. 1368

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Schmer, Chausseestraße 103.

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute gebrauchte, erstklassige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 487*

Ladenstein, Pianos, Flügel, Pianinamsens, größte Auswahl, Münzstraße 12.

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums jeder Holz- und Stilart, Kunstspielapparate, Instrumente. Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Autorbeiten, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 18.

Kaufgesuche

Platin, Brillanten, Gold und Silber, alte Zahngebisse, Abfälle, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, unmodern gewordenen Schmuck, Tafelaufsätze sowie Gefäße kauft zu höchsten Tagespreisen Goldschmiede Kolodi, Berlin, Brunnenstraße 163. Telephon: Humboldt 3438. Eigene Schmelze, Selbstverbraucher.

Pianos, Flügel oder Harmoniums, auch Tafelklavier kauft Schachschneider, Budapesterstraße 14 III. 1318*

Platin über Tagespreis, Bruchstifte, Platinkontakte, Gold, Silber in Bruch, auch in Barren, Quecksilber, Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer Kommandantenstraße 59 I, rechts. 1458*

Kupferleitungen, Motore, Dynamodraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Landsbergerstraße 27 I, Alexander 3878.

Maurer, Bergeier, Supper, Entwickler kauft Gerber, Gipsstraße 46.

Klaviere kauft Rolenius, Weberstraße 37, Königstadt 3446. 4476*

Kaufe Rotwein-, Sekt-, Burgunder- und Weißbierflaschen. Waßmann, Neue Grünstraße 6. 1364

Kupfer! Messing! Zinn! Stanniol! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale“ 1.) Bahnhofstraße 2 (Ecke Schönebergerstraße, am Anhalter Bahnhof); 2.) Weidenweg 72 (am Baltenplatz); 3.) Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 1678

Kupfer! Messing! Zinn! Stanniol! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale“ 1.) Brunnenstraße 11 (am Rosenthalerplatz); 2.) Fennstraße 48 (am Weddingplatz); 3.) Beusselstraße 29. 1679

Metallschmelze Mariannenstraße 7a (am Heinrichplatz). Allerhöchste Tagespreise sämtlicher Metallabfälle sowie Platin, Gold, Silber, Quecksilber. 1/18*

Metalle! Bedeutende Preissteigerung! Platin Zahngebisse, Zahn bis 75.—! Goldabfälle! Silberabfälle! Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber! Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei! Höchstzahlend Schmelzerei Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31 Alexander 4368. 783*

Metalle, wie Kupfer, Messing, Bronze, Zinn und Aluminium kaufen zu höchsten Tagespreisen und jeden Posten Autogen-Schweißerei Plumberg u. Reuter Berlin N. 39, Gerichtstr. 72. Fernsprecher: Humboldt 1264.

Schellack, Leim kauft Tischler Rosenow, Lehrterstr. 64.

Leitungsdrähte, Kabel, Eisen-, Anker-, Grubdraht, Wickeldraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Oranienstraße 189 Moritzplatz 4018.

Silberschmelze Christionat, nur Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Kupfer, Messing, Zinn sowie sämtliche Metalle.

Blei, 10,— bis 11,— Mark, nicht unter 10 Kilo, kauft Roll, Grünauerstraße 21 I.

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft laufend jeden Posten. Schröder Prinzenstraße 66.

Schellack, Leim, Pinsel, Benzin kauft Farbenhandlung, Fehrbellinerstraße 24. 44/18*

Spiralbohrer erhält über Tagespreise Amthor, Christburgerstraße 41. 149*

Entkernte Konservendosen und Konservenkisten, einzelne sowie größte Posten, kauft zu höchsten Preisen Georg Just, N. 39, Lenaustraße 14, Tel.: Moabit 4462. 4377*

Schellack, Leim kauft zu höchsten Preisen jeden Posten Max, Hofmannstraße 28.

Kaufe Rotwein-, Sekt-, Burgunder- und Weißbierflaschen, Voltastraße 4, Portier. 18/5a

Kaufe Rotwein-, Sekt-, Burgunder- und Weißbierflaschen. Wrickstraße 2046, Hof parterre geradeaus. 18/6a

Zahngebisse, Platin, Goldbruch, Silberbruch, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze Blumenstraße 56.

Kaufe Rotwein-, Sekt-, Burgunder- und Weißbierflaschen, Brunnenstraße 111.

Angelhaken kauft ständig Reichenbach-Schönholz, Granatenstraße 1, III links, 8—4 Uhr.

Leim, auch pfundweise, Selbstgebrauch, kauft Hopp, Potsdamer Str. 82.

Drogerie kauft einschlägige Artikel bestzahlend. Wilmersdorfer Str. 152a.

Spiralbohrer, bis 200 Proz. Aufschlag, kauft Böcher, Chausseestr. 54, part.

Unterricht

Englischer Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg Stuttgarterplatz 8, Gartenhaus IV.

Berlitz-Schulen G. m. b. H. Unterricht in allen Sprachen. Abendklassen: Englisch, Französisch: 25 Mark monatlich. Kleine Tagesklassen. Einzelunterricht während des ganzen Tages. Kleine Klassen für Spanisch, Russisch: monatlich 35 Mark. Prospekte kostenlos. Leipzigerstr. 123a, Tauentzienstraße 19a.

Tanzschule Friedrich, Dresdenerstraße 52/53. Neue März-Schnellzirkel beginnen.

Verschiedenes

Kunststopferei Große Frankfurter Straße 67. 609*

Kostenlose Rechtsberatung! Spezialität: Ehesachen, Strafsachen! Gerichtsvertretung! Neukölln Berlinerstraße 102 (Hermannplatz).

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Tüchtiger Bäckergeselle, 20 Jahre, sucht Beschäftigung, evtl. auch außerhalb. Arz. Busse, Göhlerstraße 67.

Heizer, 39 Jahre, sucht Beschäftigung in besserem Hause mit Warmwasserheizung als Portier, evtl. im Kaufhaus. Arz. Görlitzerstraße 54. 413

Stellenangebote

Mechaniker gesucht, der bereits auf chirurgische Instrumente gearbeitet hat. Dentalia, Rechen, Werkstätten, Swinemünderstraße 66.

Werkmeister für Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen zum sofortigen Eintritt gesucht. Nähere Angaben unter Schö. A. 280, Rudolf Mosse, Schöneberg, Hauptstr. 38/39.

Polierer außer dem Hause sucht Wildbredt, Choriner-straße 22. 9646

Tüchtige Stepperin für Maßarbeit verlangt Fr. Seewald, Brückenstraße 24a. 45/8

Buchenleimerinnen, auch für halbe Tage, Putzmacherinnen per sofort für dauernd. Alice Jacobi, Wörtherstraße 2, an der Schönhauser Allee. 413

Kinderkleider-Näherinnen sucht Mendelsohn, Zimmerstraße 46a.

Kontoristin mit Buchführung und Schreibmaschine vertraut, gesucht. Offerten unter F. 49 an die Hauptexped. des „Vorwärts“, Lindenstr. 3.

Junges Mädchen, schreibgewandt und mit Bureauarbeiten vertraut, Gehaltsanforderungen erwünscht. Schriftliche Meldung an Mieterverband Groß-Berlin, Ortsgruppe Charlottenburg „Zone“, bei Huber, Neufertstraße 1. 59/3